

Zusammenstellung wichtiger Eckwerte des 3.Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung vom 27.06.2008 (Basis Zusammenfassung VdK)

1. Wichtige Eckwerte
 - es fehlt ein Gesamtkonzept auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik
 - jeder vierte Bürger ist direkt und dauerhaft von Armut betroffen
 - die Armutsrisikoschwelle wurde von 938 auf 781 € abgesenkt (ohne Begründung)- Kleinrechnung dieser Schwelle (statistische Bereinigung)
 - Armut im Osten höher als im Westen
 - gefährdete Gruppen Arbeitslose (43 %), Alleinerziehende (24 %) und ohne Berufsausbildung (19 %)
 - reiche Personen- Erhöhung von 5 Mill. auf 6,8 Mill.
2. Armutsrisiko in Deutschland
 - Armutsrisiko durch Sozialtransfers (ALG II, Sozialgeld etc.) von 26 auf 13 % gesenkt
 - Armutsrisiko im Westen 12 %, im Osten 27%
 - Armutsquote ist von 1998 zu 2005 auf 18 % gestiegen
 - Vergleich BRD 781 zu Portugal 366 und Lettland/ Litauen 127 €/ Monat (Armutsrisikoschwelle)- ist naturgemäß so nicht vergleichbar
3. Einkommens- und Vermögensverteilung
 - von 2002 bis 2005 gingen die durchschnittlichen Reallöhne um 4,8 %, von 24.837 auf 23.684 € zurück
 - Niedriglohnbereich 2002- 35,5 - 2005 36,4 % aller Beschäftigten (1990- ca. 25 %)
 - auf Basis Preisentwicklung bereinigte Einkommen pro Haushalt von 2002- 19.255 auf 2005- 18.778 € Absenkung
 - im Osten 16.370 zu 15.739 €
 - „Mittelschicht“ von 53 auf 50 % gesunken
 - obere Einkommen- Steigerung um 1,6 %
4. Verringerung des Armutsrisikos durch steuerliche Umverteilung
 - 10 % der Steuerpflichtigen tragen 52 % der Steuerlast
 - diese Wirkung wird durch Mehrwert-, Mineral- und KfZ- Steuer regressiv abgeschwächt
 - Bezieher hoher Einkommen werden durch Beitragsbemessungsgrenzen geschont
 - Reichensteuer erreicht nur 0,16 % der Steuerpflichtigen
 - die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts der Steuerfreistellung des Existenzminimums (soziokulturell) ist nicht umgesetzt
5. Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt
 - Beschäftigungsentwicklung ist nicht gleichzusetzen mit Rückgang Armutsrisiko
 - positiv- Rückgang der Arbeitslosen (statistisch) von 5,2 auf 3,3 Mill.; Erwerbstätigenquote der Älteren bis 2010- Ziel 55 % von 33,7% auf 51,5 %;
 - Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse ca. 27 Mill.- seit 1998 gleich
 - Zahl „Leiharbeiter“ 2003- 327.000, 2006- 631.000 und Juni 2007- 731.000
 - 165 und 400 € Jobs bilden keine Übergangsfunktion in reguläre Beschäftigung
 - Niedriglohn bei Vollerwerbszeit gestiegen von 8,8 auf 9,3 % im Durchschnitt; im Westen 2005 bei 6,8 im Osten bei 19,4 %
 - „Aufstocker“ 2007- 961.000 Vollerwerbstätige

6. Regelsätze

- das soziokulturelle Existenzminimum soll durch die Regelsätze abgedeckt werden
- das heißt: Bedarf an Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, persönliche Bedürfnisse und Beziehungen zur Umwelt und Teilhabe am kulturellen Leben
- Basis bildet die Verbrauchsstichprobe der untersten 20 % der Haushalte (EVS)
- entsprechend Kostenentwicklung muss ein Mindestwert von 420 € definiert werden
- einmalige Beihilfen (z. B: Reparaturen) sind nicht vorgesehen
- es können aus den Regelsätzen keine Rücklagen gebildet werden
- nachvollziehbare Regelleistung für Kinder fehlt völlig
- Kosten für Erziehung und Bildung fehlen völlig

7. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

- der 3. Bericht setzt sich nicht weiter auseinander
- ein Jahr ALG- II führt zu einer Rentensteigerung von 2,19 € = Altersarmut
- Zwangsverrentung erst mit 63

8. Lebenslage von Kindern

- 2004 lebten in BRD 12 Mill. minderjährige Kinder
- Kinder in Alleinerziehenden Haushalten 1,5 2003 und 1,6 Mill. 2006
- Nach SGB II Statistik Jan. 2008 leben 1,8 Mill. Kinder in 1,1 Mill. Bedarfsgemeinschaften
- in der Armutsrisikoquote leben 17,2% aller Kinder und Jugendlichen das sind 2,4 Mill. in 1,4 Mill. Haushalten

9. Bildungschancen

- Rückgang der Ausgaben von 1995 von 6,9 auf 2005 von 6,3 %
- 2005 haben ein Fünftel der 30- 40 Jährigen, deren Eltern keinen Abschluss der Sekundärstufe II hatten diesen auch nicht
- Betreuungsquote im Osten (unter 3 Jahren) lag 2007 im Osten bei 41, im Westen bei 9,9 %
- 13,8 % aller Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss
- Quote Sonderschüler stieg von 1994 zu 2002 von 382.000 auf 429.400

10. Ausmaß Altersarmut

- 2006 bezogen 2,3% aller Rentner Grundsicherung
- insgesamt ca. 682.000 Bürger
- Erwerbsminderungsrenten lagen im Westen 2006 bei 667, im Osten bei 601 € (Männer) und 575 und 624 bei Frauen
- Anzahl dieser ging von 1993- 271.541 auf 159.715- 2006 zurück- Grund ist die Verschärfung der Zugangsregelung 2001
- Die Risiken der Altersarmut verschärfen sich durch:
 - Lohnniveau und Renteniveau sinken
 - Beschäftigte im Niedriglohnbereich steigen im zweistelligen Bereich
 - überdurchschnittlich hohe Langzeitarbeitslosigkeit
 - die Erwerbslage lässt keine Alterssicherheitsvorsorge der Betroffenen zu

11. Das BSG hat gerichtlich festgestellt, das die Verpflegung bei einem

Krankenhausaufenthalt nicht als Einkommen auf das ALG II anzurechnen ist.

12. Die Krankenkassenbeiträge sollen weit über 15 % steigen.